

Ralf Krämer im Auftrag des Koordinierungskreises von „Was tun?!“

Thesen für den Kongress „Was tun?! DIE LINKE in Zeiten des Krieges“, Hannover 06.05.2023

Was für eine linke Partei wird gebraucht?

1. Eine linke Partei, die die Welt verändern will, muss von den realen Bedingungen, Entwicklungstendenzen und Auseinandersetzungen in der Welt und im eigenen Land ausgehen. Auf dieser Grundlage muss sie politische Ziele, Strategien und Forderungen bestimmen, Bildungsarbeit betreiben und in der öffentlichen Diskussion argumentieren und orientierend wirken. Die unzureichenden und falschen Positionierungen der LINKEN insb. in der internationalen Politik beruhen auch auf unzureichender Analyse.

2. Die Welt ist geprägt von zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten bzw. Vasallen in NATO und EU, Ostasien und Australien auf der einen Seite, die mit wirtschaftlichem (Sanktionen), politischem und militärischem Druck ihre weltweite Vorherrschaft sichern wollen, und dem aufstrebenden China und anderen Widersachern sowie einer Mehrheit von Staaten des globalen Südens auf der anderen Seite. Diese sind nicht mehr bereit die Überlegenheit und Dominanz des US-geführten „Westens“ hinzunehmen und streben eine multipolare Weltordnung an. Seit Februar 2022 wird dies überlagert vom völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine, der zugleich ein Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland ist. Der Westen versucht, den Rest der Welt auf seiner Seite in diesen Konflikt hineinzuziehen, scheitert damit aber, die allermeisten Staaten beteiligen sich nicht an den Sanktionen. Es droht aber ein neuer Blockgegensatz mit verschärften politischen und wirtschaftlichen Konflikten und einem Aufrüstungswettlauf zwischen dem Westen einerseits, China und Russland und ihren Partnern andererseits, und einer Mehrheit der Staaten, die sich blockfrei zu halten versuchen.

3. Diese Entwicklungen und die Politik der USA stärken zugleich die Position der USA innerhalb des Westens und schwächen die ökonomische und politische Entwicklung und Position der EU-Staaten und insbesondere Deutschlands, dessen vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen mit Russland abgebrochen und mit China bedroht werden. Inflation, Krisen, Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte und drohender Verlust an industrieller Wirtschaftskraft sind die Folge. Die forcierte Aufrüstung vergrößert die Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte. Armut und Ausbeutung nehmen zu. Die ohnehin zunehmenden sozialen Spaltungen, Klassen- und Verteilungskonflikte werden dadurch verschärft, die Streikbewegungen in diesem Jahr sind ein Ausdruck davon.

4. Die ökonomische und soziale Entwicklung ist geprägt von einem neuen Schub der Monopolisierung des Kapitals auf der Basis der Digitalisierung und fortschreitenden Internationalisierung. Die internationalen Finanzfonds und die großen Digitalkonzerne, die überwiegend in den USA basiert sind, konzentrieren immer mehr ökonomische und damit auch politische Macht. Die soziale Polarisierung und Konzentration von Einkommen und Vermögen bei kleinen Reichtums- und Machteliten gefährden den sozialen Zusammenhang, die Entwicklung der ärmeren Länder und Bevölkerungen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Demokratie, wo sie besteht. Zugleich entwickeln sich explosionsartig die Techniken der Überwachung der Menschen und der Manipulation der Kommunikation, über die Konzerne, Geheimdienste und Regierungen verfügen.

5. Die Bewältigung der globalen Probleme des Klimawandels und der ökologischen Zerstörungen sowie der menschlichen und sozialen Entwicklung und Überwindung von Armut werden durch die genannten Entwicklungen massiv behindert und zurückgeworfen, weil sie

letztlich nur in weltweiter internationaler Zusammenarbeit aller Staaten und insbesondere der großen und mächtigen gelingen können und Kriege und Militär dabei in jeder Hinsicht zerstörerisch wirken. Auch in Deutschland wird der Umbau zu einer klima- und umweltschonenderen Wirtschaft und Lebensweise sowie der Sozialstaat durch Rüstung und Wirtschaftskrieg belastet. Im Vordergrund steht die Sicherung der Position der international aktiven Konzerne und der weiteren Akkumulation des Kapitals in Deutschland, die Kosten und Lasten werden der Mehrheit der Bevölkerung aufgebürdet. Damit werden soziale Probleme vergrößert und die Lösung der ökologischen Probleme erschwert.

6. Auf der politischen Ebene und in den Massenmedien werden Gegner der herrschenden Politik immer aggressiver angegriffen und das akzeptierte Meinungsspektrum verengt. Wer in zentralen Fragen der Staatspolitik, und das sind insbesondere die der internationalen Politik (es betraf aber auch die Corona-Politik) Gegenpositionen bezieht, ist zunehmend Diffamierungen, Ausgrenzung und Repression ausgesetzt. US-Kapital und transatlantische Netzwerke haben immer größeren Einfluss in Wirtschaft, Medien und Politik. Kontrolle, Propaganda und Manipulation nehmen zu, Demokratie wird ausgehöhlt. Vermeintlich „links“-liberale Kräfte spielen dabei eine zunehmend aktive und aggressive Rolle auf der Seite der Herrschenden, parteipolitisch heben sich DIE GRÜNEN hier negativ hervor. Gleichzeitig beteiligen sich seit längerem ärmere und benachteiligte Bevölkerungsgruppen immer weniger am politischen Prozess. **AfD und andere Rechtsextreme versuchen sich als Gegenpol zur herrschenden Politik zu profilieren und erzielen damit auch Erfolge** – auch weil eine klare linke Alternative fehlt.

7. Die Partei DIE LINKE wird den Anforderungen an eine linke, sozialistische Alternative nicht gerecht. Sie stellt sich diesen Entwicklungen nicht, ignoriert sie teilweise, Teile leugnen sie und stellen ganz andere Fragen, Behauptungen und Konfliktlinien in den Mittelpunkt. In der internationalen Politik ist sie unklar und zerrissen und erscheint als linker Flügel des herrschenden Blocks. Konfrontiert mit der Aufgabe, eine tragfähige Handlungsorientierung im Kampf gegen die Eskalation des Ukrainekrieges zu entwickeln, hat die Führungsspitze der Linkspartei versagt. Sie steht nicht für eine Alternative zu den Herrschenden, zu Kapitalismus, Imperialismus und Kriegspolitik. Sie stellt nicht hinreichend die gemeinsamen sozialen Interessen der Lohnabhängigen, der arbeitenden Menschen und ihrer Familien in den Mittelpunkt. Sie hat dazu beigetragen, dass von immer mehr Menschen „links“ v.a. mit identitätspolitischen und kulturellen und abstrakt moralischen Positionen verbunden wird statt mit dem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit. Vielen Menschen ist nicht klar, wofür DIE LINKE vorrangig steht, wofür sie gebraucht wird, was sie mit ihnen zu tun hat, was sie kurz-, mittel- und längerfristig erreichen will – außer dem Kampf um Mandate und gegen die anderen Parteien und insb. die AfD. Sie wirkt nicht als organisierender Pol einer linken Alternative zur herrschenden Politik und zum Kapitalismus, sondern ist politisch gespalten und zerstritten.

8. Im Ergebnis befindet sich die Partei DIE LINKE in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Ihre Existenz als relevante Partei und als Kraft einer sozialen und friedenspolitischen Linken ist in Gefahr. Es gibt massenweise Austritte in alle Richtungen, in vielen Orten zerfällt die Partei geradezu, wahlpolitisch folgt Niederlage auf Niederlage. Zunehmend haben Genossinnen und Genossen sowie Wählerinnen und Wähler den Eindruck, dass DIE LINKE immer weniger die Partei ist, für die sie sich jahrelang eingesetzt bzw. die sie lange Zeit gewählt haben. DIE LINKE hat in allen Bevölkerungsgruppen verloren, besonders stark bei den bevölkerungsreichen Jahrgängen mittleren und höheren Alters, bei abhängig Beschäftigten ohne höhere Bildung und außerhalb der Großstadtreionen. Auch bei den Jüngeren blieb das Wahlergebnis deutlich hinter früheren zurück. Lag DIE LINKE bei Gewerkschaftsmitgliedern 2017 noch vor Grünen und

FDP, ist sie heute die schwächste der im Bundestag vertretenen Parteien. Statt Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt zu stellen und die Vielfalt der LINKEN produktiv zu nutzen, machen sich Intoleranz und Unduldsamkeit und eine Mentalität der Ausgrenzung gegenüber anderen Auffassungen breit, sehen manche die politischen Gegner in der eigenen Partei und in der eigenen Wählerschaft. DIE LINKE wirkt nicht offen und einladend für die gemeinsamen Interessen und Ziele, sondern stößt viele ab, die nicht allen Forderungen einzelner Gruppen folgen mögen. Führende Personen diffamieren politisch Andersdenkende, sogar Mitglieder der eigenen Partei.

9. Eine linke Partei auf der Höhe der Zeit, die Massen ansprechen, mobilisieren und organisieren will, muss die Friedensfrage mit der Klassenfrage, mit Gerechtigkeit und sozialer Interessenvertretung der Mehrheit verbinden und diese Punkte in den Mittelpunkt stellen. Auf dieser Grundlage muss sie ihre Positionen zur Wirtschaftspolitik, zur Arbeits- und Sozialpolitik, zum Klimaschutz und ökologischen Umbau, zur internationalen Politik, zur Entwicklung der Demokratie und der Kommunen, des Bildungswesens, der Medien und Kultur entwickeln. Auf dieser Grundlage tritt sie für gleiche Rechte aller Menschen ein, die hier leben, gegen Diskriminierung oder Ausgrenzung von Menschen aufgrund persönlicher Merkmale oder Herkunft, und entschieden für Freiheit, Demokratie und Aufklärung, gegen Faschismus und Ideologien der Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit.

10. Eine linke Partei muss eine konsequente Politik für Frieden, Entspannung, Interessenausgleich und internationale Zusammenarbeit vertreten. Dies ist Bedingung auch für Klimaschutz und eine globale nachhaltige Entwicklung. Dazu braucht es Abrüstung, eine neue Weltwirtschaftsordnung und Stärkung der Vereinten Nationen sowie ein Europa, das auf Militarisierung und imperiale Politik verzichtet und sich von der Unterordnung unter die USA löst, und die Überwindung der NATO. Dem Denken und Handeln in Blockkonfrontationen und der Parteilichkeit für den westlichen Imperialismus sowie doppelten Standards und Doppelmoral muss entgegengetreten werden. Linke sind gegen jeden Angriffskrieg und solidarisch mit den Menschen, die unter Krieg und Unterdrückung leiden, mit den Arbeitenden weltweit. Aber sie müssen da für eine andere Politik kämpfen, wo sie zu Hause sind und am meisten bewirken können. Eine linke Partei muss daher vor allem einer Politik der Konfrontation, Eskalation und Beteiligung am Krieg durch das eigene Land entgegengetreten und dagegen mobilisieren.

Von einer linken Partei muss in der Situation des Ukrainekrieges erwartet werden, dass sie zum Widerstand gegen die Eskalation dieses Krieges aufruft und ein offensives Friedenskonzept vertritt. Gegen Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg, für Verhandlungen ohne Vorbedingungen, um das Sterben schnellstmöglich zu beenden. Damit sind zwei Aufgaben verbunden: 1. die Aufklärung über den Charakter des Krieges. Weder die Vorgeschichte dieses Krieges darf ausgeklammert werden, noch die Veränderung seines Charakters hin zum Stellvertreter- und Weltordnungskrieg und die drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges. Eine linke Partei muss sich dem mit festen Freund-Feindbildern verbundenen „Kriegsregime“ (Raul Cedillo) entgegenstellen. 2. ist die Mobilisierung für eine starke Friedensbewegung nötig. Diese ist keine nur linke Bewegung, sondern muss breit die Menschen gewinnen und mobilisieren. Dabei ist klar, dass Nazis und andere Rechtsextreme keinen Platz in der Friedensbewegung haben. Diffamierungen von Seiten kriegsunterstützender Kräfte wie von sektiererischen und splalterischen Kräften, die sich als „links“ darstellen, müssen zurückgewiesen werden.

11. Eine linke Partei muss vor allem für die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitenden, die Familien, die Rentnerinnen und Rentner, und die sozial Benachteiligten aktiv sein. Sie darf sich nicht auf bestimmte Milieus verengen. Es geht um die gemeinsamen Klasseninteressen, an der Seite der Gewerkschaften. Es ist Pflicht einer linken Partei die Millionen zu erreichen,

deren Interessen missachtet werden, und die sich eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erhoffen. **Sie muss die abhängig Beschäftigten und zugleich auch die gebildeten Mittelschichten und die kleinen Selbstständigen und Unternehmer ansprechen, die unter dem Druck der Konzerne leiden.** Eine besondere Verantwortung gibt es für den Osten der Republik, für abgehängte und von Strukturkrisen gebeutelte Regionen. Eine linke Partei muss sich dafür einsetzen, die Ungleichheit von Einkommen, Vermögen und Macht zurückzudrängen und die sozialen und kulturellen Spaltungen zu überwinden. **Die Menschen brauchen gute Arbeit,** von der sie gut leben können, soziale Sicherheit, Schutz ihrer Gesundheit und Perspektiven für eine gute Zukunft. Der **Sozialstaat** muss gestärkt und **gute Bildung** für alle ermöglicht werden, Privatisierungen müssen zurückgedreht und **öffentliches Eigentum** ausgebaut werden. Personen mit sehr großen Vermögen und hohen Einkommen sowie finanzstarke Unternehmen müssen höher besteuert werden, Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet.

12. Eine linke Partei muss sich in Stadt und Land, bei Jung und Alt, egal welchen Geschlechts, hier Geborenen wie Eingewanderten sowie Menschen mit Behinderungen verankern. Dazu muss sie die Leute in ihrem Alltag abholen: bei ihren Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Erfahrungen. Und um gehört zu werden, muss eine allgemein verständliche Sprache gesprochen werden. Das heißt auch, dass das marxistische Vokabular wie in diesen Thesen nicht das ist, mit dem wir die Leute auf der Straße oder in den Massenmedien ansprechen. Sie muss offen und einladend sein, bereit und fähig zum Gespräch, nicht abstoßend, ausgrenzend und verschreckend. Sie muss zudem eine Partei sein, in der auch Menschen aktiv sein, Funktionen und Mandate übernehmen können, deren Leben nicht primär aus politischer Aktivität besteht, sondern für die Arbeit, Familie oder auch andere Tätigkeiten wichtiger sind. Sie muss eine **Parteikultur** entwickeln, die neben inhaltlichen Debatten und „Sitzungssozialismus“ Aktionen durchführt, an denen sich viele beteiligen können und die auch Möglichkeiten für Geselligkeit bietet. **Eine populäre und glaubwürdige soziale Alternative, die die Menschen nicht moralisch von oben herab belehrt, ist zugleich die wirksamste Kraft gegen Rechts.**

13. Eine linke Partei muss deutlich machen, dass sie in grundsätzlicher Opposition gegen den Neoliberalismus, gegen die Herrschaft des großen Kapitals, gegen die Macht und Privilegien der bürgerlichen Eliten und gegen den Imperialismus steht. Es muss ihr darum gehen, die Machtpositionen der arbeitenden Klasse zu stärken und die des Kapitals durch Demokratisierung der Wirtschaft und Beschränkung der Lobbymacht zurückzudrängen. Gewerkschaften, Tarifverträge und Mitbestimmung müssen gestärkt werden. Es ist grundsätzliche Kritik am Kapitalismus, an der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitenden und Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur, der Gesellschaft und den Menschen in anderen Ländern nötig. Der Kapitalismus muss überwunden werden, auch um nachhaltig in Einklang mit der Natur leben zu können, Demokratie und freie Entwicklung für alle zu ermöglichen. Das Ziel ist aus unserer Sicht ein neuer, demokratischer und ökologischer Sozialismus. M.E. bietet das auch eine Perspektive für kleine und mittlere private Unternehmen, die wichtige Beiträge für das allgemeine Wohl leisten können.

14. Eine linke Partei muss politische und programmatische Grundlagen im Sinne der genannten Positionen haben bzw. entwickeln, die ein **gemeinsames und orientierendes Auftreten in der politischen Öffentlichkeit** und Auseinandersetzungen ermöglichen. Sie ist genötigt darauf zu achten, dass sie nicht von Kräften unterwandert und diskreditiert wird, denen es vorrangig um andere Ziele geht, politische oder persönliche, oder die im Auftrag oder Interesse anderer tätig sind. Sie muss eine **demokratische Beteiligung und Willensbildung** organisieren und sich Strukturen schaffen, die in diesem Sinne wirken. **Konzentration auf gemeinsame Kernanlie-**

gen und Forderungen und Projekte ist dazu nötig und zugleich die Anerkennung und produktive Einbeziehung verschiedener Positionen zu einzelnen Fragen. Sie braucht einen **harten Kern qualifizierter, möglichst auch marxistisch gebildeter, aktiver und der gemeinsamen Sache verpflichteter Aktiver**, die wesentlichen Einfluss nehmen und Fehlentwicklungen verhindern können.

15. **Es gibt in Deutschland absehbar keine Partei, keine starke marxistische Klassen- und Massenpartei**, die allen hier formulierten Anforderungen gerecht würde. **Sozialistinnen und Sozialisten müssen da Politik machen, wo sie ihre Positionen am wirksamsten und nachhaltigsten zur Geltung bringen und Einfluss auf die Entwicklungen nehmen können.** Es sind Kompromisse nötig. Aber eine linke Partei muss Positionen in den politischen Auseinandersetzungen vertreten, die unterstützt oder mindestens toleriert werden können. Und sie muss eine Heimat und Wirkungsfeld bieten auch für Sozialistinnen und Sozialisten, Marxistinnen und Marxisten, für ihre Tradition, Theorien, Bildungsarbeit, Diskussionszusammenhänge, wissenschaftlichen und politischen Argumentationen. Ob die Partei DIE LINKE noch dieser Platz ist, oder wie und wo wir ihn sonst finden könnten, das wird zu diskutieren sein.